

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 9/2023

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 11. Oktober 2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:31 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 19

Es waren anwesend:

CDU: OR Kehrlé, OR Müller, OR Miersch, OR Griener

B'90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Klingert, OR Köster,
OR Dr. Wagner, OR Stolz, OR Elke Frey

SPD: OR Dr. Rausch, OR Oppelt, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Seidler

DIE LINKE: OR Frey

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Ruf, OR Isele, OR Henkel

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Carlo Wurm (StaDu)

Herr Rößler (StaDu), Herr Hillengaß (Jobcenter), Frau Fuchs (Jobcenter), Herr Un-
ger (Polizei), Frau Schipp (Polizei)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 29. September 2023, Zeit, Ort und Tages-
ordnung sind am 6. Oktober 2023 auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe ortsüblich
bekanntgegeben worden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Entschuldigt seien Frau Isele, Herr Ruf und Frau Henkel. Herr Seidler müsse die Sitzung bereits um 18:50 Uhr verlassen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 1, Abteilungsbericht Jobcenter Durlach** auf. Begrüßt werden Herr Hillengaß und Frau Fuchs.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) wendet sich an Frau Ries und die anwesenden Ortschaftsräte und bedankt sich für die Einladung. Sie würden sich freuen seit langen Jahren wieder persönlich berichten zu dürfen. Neben ihm sitze Frau Fuchs, welche Teamleitung für Leistungsgewährung und Eingangszone sei. Herr Hillengaß stellt sich selbst vor. Er sei Teamleiter für Markt und Integration.

Die Jahre 2021 und 2022 stünden unter dem Zeichen der COVID-19 Pandemie hinzu sei im vergangenen Jahr der Angriffskrieg in der Ukraine gekommen mit der damit verbundenen Energieknappheit, steigenden Lebenshaltungskosten und vor allem der Zuzug vieler schutzsuchender Menschen aus dem Kriegsgebiet. Nachdem die geflüchteten Menschen zunächst Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten hätten, sei die Zuständigkeit der Betreuung dieser Menschen zum ersten Juni auf die Jobcenter übergegangen. Insgesamt sei der Bedarf an Arbeitskräften insbesondere aufgrund des demographischen Wandels in fast allen Branchen deutlich am Zunehmen. Die Fachkräfte- beziehungsweise Arbeitskräftesicherung bliebe deshalb auch für sie weiter ein zentrales Thema. Zur Struktur der Hilfebedürftigkeit in ihrem Zuständigkeitsbereich: Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, also der bedürftigen Familien habe sich von 2021 auf 2022 geringfügig auf 1109 erhöht. Die Gesamtzahl der Personen, dieser Bedarfsgemeinschaften sei demzufolge auch angestiegen. Sie hätten gegen Ende des Jahres 2022 etwas mehr als 1900 Personen zu betreuen. Dahingegen sei die Zahl der rein erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ihres Zuständigkeitsbereiches nahezu gleichgeblieben, bei etwas mehr als 1380. Bei den Zielindikatoren würde man in der ersten Spalte zu den Leistungen zum Lebensunterhalt einen deutlichen Zuwachs bei den Ausgaben sehen. Bis Ende des Jahres 2022 wären Leistungen zum Lebensunterhalt in einer Gesamtsumme von 6,5 Mio. zu verzeichnen gewesen, das bedeute einen Zuwachs von einer halben Million zum Vorjahr. Die Integrationen selbst seien insgesamt leicht rückläufig gewesen, bei einer Quote von insgesamt 26%, was einer absoluten Zahl von 359 Integrationen entspreche und damit etwas weniger als im Vorjahr. In Anbetracht der Gesamtgemengelage sei dies schon noch ein gutes Ergebnis. Erfreulich aus seiner Sicht sei insbesondere, dass sie die Zahl der Langzeitbeziehenden nicht nur nicht erhöht hätten, sondern auch etwas reduzieren hätten können. Das sei für sie immer ein großer und wichtiger Erfolg. Zum Jahresende 2022 seien sie bei etwas weniger als 900 Langezeitleistungsbeziehenden gewesen, was einem Rückgang von etwas mehr drei Prozent entspreche. Bei der Zielgruppe der spezifischen Aktivitäten möchte er zunächst auf die Gruppe der unter 25-jährigen eingehen. Die Jugendlichen und jugendlich Erwachsenen befänden sich ganz überwiegend in einer regulären Ausbildung, in der Schule oder übten eine Beschäftigung aus. Nur ein ganz geringer Anteil, knapp 40, sei defacto arbeitslos. Diese bei ihnen als arbeitslos geführten Jugendlichen hätten sehr häufig multiple Vermittlungshemmnisse, stünden und diese teilweise auch

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach

Blatt 2

verhindern würden. Ihr Hauptaugenmerk liege bei dieser Personengruppe vor allem darin, die Integrationshemmnisse abzubauen.

Durch die vertraglich vereinbarte Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit sei auch für ihre Jugendlichen und jugendlichen Erwachsenen sichergestellt, dass Berufsorientierung, Berufsberatung, Ausbildungsvermittlung aus einer Hand kämen und zwar von der Berufsberatung. Damit würden sie auch eine Stigmatisierung ihrer Betreuten verhindern.

Bei den Alleinerziehenden sei es bei ihnen so, dass sie nach wie vor über eine spezialisierte Integrationsfachkraft verfügten, die diese Personengruppe betreue. Unterstützt würde sie dabei von der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt vom Gesamtjobcenter, die mit ihrer Netzwerkarbeit und den Strategien und Projekten tatkräftig unterstütze.

Als absolut gelungener Ansatz hätte sich erwiesen, dass sie frühzeitig alle Erziehenden, die Kinder unter drei Jahren betreuten, aktiviert und eingeladen hätten, frühzeitig an das Thema Kinderbetreuung und Integration in Folge der Elternzeit ranzugehen. In der täglichen Praxis zeige sich allerdings, dass insbesondere eine verlässliche Kinderbetreuung und eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen natürlich essenziell sei.

Bei den geflüchteten Menschen aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr zum 01.06. der Übergang vom Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB 2, also in ihre Verantwortung gefallen. Das sei alles relativ schnell gegangen und eine große Herausforderung für alle Beteiligten gewesen. Das hätten sie nicht zuletzt mit großem Engagement aller Mitarbeitenden unter toller Zusammenarbeit mit der Stadt gut meistern können. Sie wären unter anderem auch im Mai vergangenen Jahres täglich mit mehreren Mitarbeitenden im Rathaus an der Alb vor Ort gewesen, um die Menschen bei der Antragsstellung zu unterstützen. Das sei auch nicht ganz so einfach.

Ziel sei neben der lückenlosen Leistungsgewährung mit den Schutzsuchenden relativ schnell ein qualifizierendes Erstgespräch zu führen und eben die jeweilige Bedarfslage zu eruieren und die individuelle Situation festzustellen und den Bedarf entsprechend anzupassen. In aller erster Linie sei das Thema Sprache ein ganz großes gewesen, wie man sich vorstellen könne, hätte es auch bei ihnen eine sehr große Sprachbarriere gegeben. Durlach habe das Glück, dass es zwei Mitarbeitende mit russischen Sprachkenntnissen habe, die in der Situation Gold wert gewesen seien. Bis auf ganz wenige Ausnahmen hätten die Schutzsuchenden über keinerlei Deutschkenntnisse verfügt. Dadurch sei das erste große Thema gewesen, Sprachkurse zur Verfügung zu stellen. In enger Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den lokalen Sprachkursträgern sei es darum gegangen das relativ schnell auf die Beine zu stellen. Alle Akteure hätten auch wirklich gut gearbeitet. Inzwischen könne man aber auch von tollen Fortschritten berichten, insbesondere was die Sprache betreffe. Jeder Mensch lerne anders, aber es gibt ganz tolle Erfolgsgeschichten zu vermelden, wo so ein richtig flüssiges Gespräch möglich sei. Aber nicht zuletzt ginge es nicht nur um die Sprache, sondern oftmals auch noch um Anerkennung der ausländischen Schul-, Berufs- und Studienabschlüsse, was natürlich auch nochmal abzuarbeiten wäre oder auch eine entsprechende Qualifikation, bevor es

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach**

dann Richtung Arbeitsmarkt nachhaltig gehen könne. Sie hätten sehr viele sehr gut gebildete Menschen bekommen, die in guter Stellung tätig gewesen seien und da müsse man auch entsprechend ran und es könne nicht Ziel und Zweck sein, nur in Helferberufe einzumünden, sondern es müsse auch qualitativ entsprechend nachhaltig vorangehen. Aktuell würden sie knapp 360 erwerbsfähige Menschen aus der Ukraine betreuen, von denen immer noch knapp 180 in Sprachkursen seien.

Zum Thema Qualifizierung und Aktivierung insgesamt, könne er berichten, dass sie in den vergangenen beiden Jahren 113 Qualifizierungen beruflicher Natur ermöglichen hätten können, darunter 32, die unmittelbar zu einem vollqualifizierenden Berufsabschluss geführt hätten. Es seien über 400 aktivierende Coachings ermöglicht worden, Bewerbungcoachings, Alltagsbegleitung etc. und 42 Arbeitsgelegenheiten des so genannten Eineurojobs wären auch noch zu vermelden gewesen.

Eine aktuelle Information sei, dass die Grundsicherung zum 01.01. durch das so genannte Bürgergeld abgelöst worden sei. Die Einführung sei in zwei Schritten erfolgt. Zum Jahreswechsel sei zunächst der Regelsatz erhöht worden und neue Regeln zum Schonvermögen geschaffen. Darüber hinaus würden im ersten Jahr auch die tatsächlichen Wohnungskosten übernommen. Zum 01.07. sei der zweite Schritt gekommen, mit weiteren Änderungen insbesondere zum Thema Zusammenarbeit, Weiterbildung und Qualifizierung. Besonders erwähnenswert seien hier die Einführung eines Kooperationsplans mit den Hilfebedürftigen in Ablösung der früheren Eingliederungsvereinbarung, ein Weiterbildungsgeld für Teilnehmende an beruflichen Qualifizierungen und ein Bürgergeldbonus für Teilnehmende an verschiedenen Aktivierungsmaßnahmen.

Zum Schluss wolle er einen kurzen Ausblick geben. Sie würden weiterhin aktiv an den Handlungsfeldern Verbesserung Übergang Schule und Beruf der Arbeits- und Fachkräftesicherung und der Reduzierung von Langezeitarbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit arbeiten und in ihren Handlungsansätzen immer auf Prävention, Integration und soziale Teilhabe setzen. Familienzentriertes Arbeiten stehe dabei im besonderen Fokus. Im Beratungsprozess würde auch stets die familiäre Situation, sowohl bei Frauen, als auch bei Männern bedacht werden. Alle Antragsstellenden erhielten weiterhin zeitnah integrative Unterstützungsleistung. Umfassender Beratung und Förderung der beruflichen Weiterbildung kämen insbesondere im Hinblick auf den immer mehr steigenden Fachkräftedarf besondere Bedeutung zu.

Er wolle gerne die Gelegenheit nutzen, sich bei der Frau Ries und den Kollegen und Kolleginnen vom Stadtamt zu bedanken, für die tolle und angenehme Zusammenarbeit. Sie würden es immer auf einem kurzen Weg schaffen, sich abzustimmen und im Sinne aller beteiligten tolle Lösungen finden. Das wünsche er sich auch weiterhin.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich ebenfalls und sagt, dass sie dies gerne zurückgeben könne im Namen der Kolleginnen und Kollegen des Stadtamtes Durlach. Sie seien sehr froh, dass sie die kurzen Wege hätten und es sich auch über die Jahre wirklich erhalten und auch gepflegt hätten.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach

Blatt 4

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich für den Bericht, auch wenn man sich die Zahlen auf die schnelle nicht wirklich gut habe merken können. Er habe gesagt, dass das Jobcenter knapp 360 geflüchtete Menschen aus der Ukraine betreuen würde, davon seien 180 in einem Sprachkurs. Sie wolle wissen, was mit den anderen 180 sei. Außerdem sei ihr ein Wort aufgefallen, dass sie noch nie zuvor gehört habe „Bürgergeldbonus“. Sie wolle wissen, was das sei.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) antwortet, dass er beides erklären könne. Bei den ukrainischen Schutzsuchenden sei es immer so, dass nicht alle die Möglichkeit hätten, an einem Sprachkurs teilzunehmen. Beispielsweise fast dreiviertel der Personen, die bei ihnen seien, seien alleinerziehende Frauen. Viele hätten kleine Kinder, die noch nicht das Alter für eine Betreuung hätten, da könnten sie nichts machen, andere seien gesundheitlich gehandicapt oder auch traumatisiert, daraus erkläre sich, dass nicht alle in einem Sprachkurs seien.

Es gebe das Weiterbildungsgeld für Teilnehmende an beruflicher Qualifizierung. Bürgergeldbonus sei 75 Euro im Monat. Das gebe es für die Teilnahme an Aktivierungsmaßnahmen. Für berufliche Qualifizierung gebe es etwas mehr, habe der Gesetzgeber festgelegt, für die Teilnahme an Coachings könne man monatlich 75 Euro auszahlen als kleiner Anreiz.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) fragt, ob dies daran geknüpft sei, dass er oder sie an der Maßnahme teilnehmen und erfolgreich abschließen würde oder es reiche einmal hinzugehen.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) sagt, dass es an die tatsächliche Teilnahme geknüpft sei.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich bei Herrn Hillengaß für den Beitrag und sagt, dass sie eine weitere Frage habe. Sie fragt wo er angesichts der aktuellen Diskussionen die dringendsten Probleme bei seiner Arbeit sehe. Seien dies die ukrainischen Flüchtlinge oder die Langzeitarbeitslosen.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) antwortet, dass Priorisieren schwierig sei, da man an allen Themenfeldern weiterarbeiten müsse. Einerseits die Verfestigung des Langzeitbezuges und der verlängerten Hilfsbedürftigkeit, aber akut hätten sie auch die Thematik mit den ukrainischen Schutzsuchenden. Der Arbeitsmarkt schreie natürlich nach Fach- und Arbeitskräften, da sei es natürlich schon die Aufgabe gleich dranzubleiben und die Leute so fit zu bekommen, dass es auch funktioniere.

OR Siebach (SPD-OR-FRAKTION) führt aus, dass er eine Frage habe, da Herr Hillengaß von Qualifizierung und Anerkennung von Ausbildung, die man mitgebracht hätte, ge-

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach

Blatt 5

sprochen habe. Man könne immer wieder hören und lesen, dass es ein ewig langer Prozess sei, bis irgendwelche Qualifizierungen, die Geflüchtete zum Beispiel mitgebracht hätten anerkannt würden. Er möchte wissen, ob sich da inzwischen was getan habe, ob dies besser geworden sei und schneller gehe? Man brauche ja eigentlich qualifizierte Leute. Das sei die eine Frage, die andere sei, dass man von manchen Kommunen lesen würde, dass es kaum zu schaffen sei. Er wolle wissen, warum es hier dann so glatt gehe? Das würde ihn interessieren, weil man ansonsten immer die Negativnachrichten höre, dass es so extrem schwierig sei und dass es manche Kommunen nicht schaffen würden.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) erklärt, dass man vielleicht unterscheiden müsse zwischen der aktuellen Flüchtlingssituation und der Ukrainesituation, die ja akut im vergangenen Jahr gewesen sei. Es spreche hier für alle Beteiligten, dass es ein Kraftaufwand gewesen sei, aber sie hätten es hinbekommen und es sei mehr Arbeit ohne Ende gewesen. Aber im Sinne der Schutzsuchenden hätten sie es geschafft.

Was das Thema Anerkennung betreffe, würde Herr Hillengaß gerne Positiveres berichten, es sei aber leider immer noch ein sehr langer und bürokratischer Prozess. Auch die zuständigen Stellen seien mehr oder weniger überrannt worden von der schiereren Anzahl. Langsam zeichne sich ein Silberstreifen am Horizont ab, aber es dauere tatsächlich immer noch sehr lange.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass sie eine Frage zu den Sprachkursen habe, weil sie glaube, dass es um irgendwo zu leben, eminent wichtig sei, die Sprache zu sprechen. Nicht nur was die ukrainischen Flüchtlinge betreffe. Sie wolle wissen, wie denn dabei der Prozess sei. Sie habe überhaupt keine Vorstellung. Sie hätten auch jemanden aufgenommen und am Anfang sei es ein totales Chaos gewesen und man habe der Information wirklich sehr hinterherrennen müssen und ohne Hilfe wäre das nicht zu schaffen gewesen. Sie fragt ob dies jetzt ein bisschen anders sei und ob inzwischen aktiv auf die Leute zugegangen werde und ihnen Angebote gemacht würden, oder ob diese es auch wieder von irgendwoher wissen müssten? Es sei nämlich extrem schwer, wenn man die Sprache nicht spreche, an die Infos zu kommen. Sie meine aber nicht nur Ukrainer, sondern alle.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) antwortet, dass sich das Verfahren in den letzten Jahren nicht geändert habe, es sei nur breiter bekannt geworden durch die Thematik mit den Geflüchteten aus der Ukraine im vergangenen Jahr. Grundsätzlich sei seines Wissens jeder ausländische Mitbürger verpflichtet einen Integrations Sprachkurs zu belegen und die Verpflichtung erfolge entweder über die Ausländerbehörde oder eben dann in der Folge bei Bezug auch durchs Jobcenter.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und führt

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach**

Blatt 6

an, dass die Langezeitarbeitslosen ein ewiges Problem seien. Unter den Langzeitarbeitslosen gebe es jedoch auch solche Langzeitarbeitslosen, die überhaupt nie mehr in den Beruf rein kommen könnten. Da würde ihn interessieren, wie viele Prozent das seien und welche besonderen Maßnahmen unternommen würden, um diese Langzeitarbeitslosen wieder zur Arbeit zu bringen.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) antwortet, dass er lange und ausführlich referieren könne, er versuche aber sich kurz zu halten. Es sei schon lange ein Kernthema des Jobcenters, die Verfestigung zu vermeiden. Es sei fast ein Drittel das längerfristig im Bezug ist und sie hätten sehr viele Menschen in Betreuung, wo es tatsächlich sehr schwierig sei mit dem ersten Arbeitsmarkt. Sie hätten aber vielfältige Angebote und ein breites Portfolio an Coachings, die Ein-Euro-Jobs, ein kommunales Beschäftigungsprogramm, welches noch niedrigschwelliger sei, wo man ganz wenige Stunden gemeinnützig etwas tun könne. Ein kleines Taschengeld gebe es als Bonus auch noch dafür, um wieder eine Ranführung an einen geregelten Tagesablauf zu ermöglichen. Sie hätten ganz viel im Angebot. Es gebe aber immer Angebot und Nachfrage und deshalb müsse man sich irgendwo treffen. Sie würden nicht aufgeben. Der Gesetzgeber definiere die Erwerbsfähigkeit als drei Stunden täglich, zumindest der Theorie nach arbeiten zu können. Und solange ein Arzt sage, es sei möglich, müssten sie weiterhin versuchen mit den Menschen irgendwas in Richtung Integration zu bewegen. Er gebe zu, dass es teilweise nicht leicht sei, aber sie seien dran.

OR Anna Frey (DIE LINKE) bedankt sich und wendet sich an Herrn Malisius. Dieser habe ihr größtenteils die Worte aus dem Mund genommen. Bei ihr ginge es auch um die Langzeitarbeitslosigkeit. Sie meint, dass er gesagt hätte, dass sie 26 Prozent hätten vermitteln können von den Langzeitarbeitslosen und damit ein bisschen mehr.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) antwortet, dass die Integrationsquote der Anteil an den Erwerbsfähigen sei und nicht an den Langzeitarbeitslosen sondern am Anteil der Erwerbsfähigen überhaupt.

OR Anna Frey (DIE LINKE) fragt, ob in den Langzeitarbeitslosen auch Nicht-Erwerbsfähige enthalten seien.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) verneint, es seien immer erwerbsfähige, aber die Langzeitarbeitslosen seien in den Erwerbsfähigen enthalten.

OR Anna Frey (DIE LINKE) fragt, worauf sich die vermittelten 26 Prozent beziehen würden.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) antwortet, dass sich diese auf den Gesamtanteil an Erwerbsfähigen beziehen würden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu
TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach

Blatt 7

OR Anna Frey (DIE LINKE) fügt an, dass sie noch wissen wolle, ob „vermittelt“ bzw. „sind nicht mehr arbeitslos“ in Arbeit vermittelt heiÙe, oder ob da auch Personen mit drin seien, die einfach durch Alter nicht mehr erwerbsfähig seien oder die aus anderen Gründen aus der Statistik rauskämen.

Herr HillengaÙ (Jobcenter Durlach) antwortet, dass es nur reine Integration in Arbeit, Ausbildung oder eine selbstständige Tätigkeit sei.

OR Anna Frey (DIE LINKE) fragt, wie viele Personen sie in der Betreuung hätten, die in Arbeit, aber Aufstocker seien und Bürgergeld zusätzlich zur Arbeit bekämen und wie da die Entwicklung sei. Sie wolle wissen, ob es mehr Personen würden, die davon betroffen seien oder sich die Situation gebessert habe.

Herr HillengaÙ (Jobcenter Durlach) antwortet, dass es die Zahl gebe, er sie aber nicht ad hoc liefern könne, sondern nachreichen müsse. Insgesamt habe es sich mit der Einführung des Mindestlohnes etwas gebessert. Die Situation mit der hohen Inflation und den steigenden Lebenshaltungskosten erhöhe natürlich auch den Hilfebedarf. Unter dem Strich könne man aktuell bei den Aufstockenden keine positive Prognose abgeben.

OR Anna Frey (DIE LINKE) merkt an, dass Herr HillengaÙ gesagt habe, dass es für die Personen im langfristigen Bezug ein kommunales Beschäftigungsprogramm gebe – Tauschengeld. Er habe auch den Bürgergeldbonus bei Teilnahme an Aktivierungsmaßnahmen genannt. Deswegen möchte sie wissen, ob das auch für Leute gelte, bei denen die Aussicht auf Beschäftigung schon gar nicht mehr bestehe aus gesundheitlichen oder ähnlichen Gründen, oder ob es eine rein freiwillige Teilnahme an solchen Maßnahmen sei, die auch zur Beschäftigung dienen sollen. Sie wolle wissen, welches Angebot es für die Personen gebe, bei denen eine Reintegration in den Arbeitsmarkt nicht in Aussicht stehe.

Herr HillengaÙ (Jobcenter Durlach) erklärt, dass sich der Bürgergeldbonus auf alle Teilnehmenden an ganz bestimmten vordefinierten Maßnahmen beziehe, die der Gesetzgeber mit der Neureglung vorgegeben habe. Die kommunale Beschäftigung würde da nicht dazu zählen. Sondern es gebe eine Aufwandsentschädigung. Und zum zweiten Teil der Frage müsse er nochmal nachfragen.

OR Anna Frey (DIE LINKE) spricht die Angebote für die Leute an, die keine Aussichten auf Reintegration in den Arbeitsmarkt hätten.

Herr HillengaÙ (Jobcenter Durlach) antwortet, dass sie da schon viel im Portfolio hätten, sei es das kommunale Beschäftigungsprogramm, Arbeitsgelegenheiten, Coachings, Gesundheitsangebote in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen, die kostenlos für die Bürgergeldbeziehenden seien. Sie hätten eine breite Produktpalette.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 1: Abteilungsbericht Jobcenter Durlach

Blatt 8

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) erklärt, dass sie noch eine kurze Frage habe. Sie wolle wissen, ob die Aufwandsentschädigung von Beziehern auch an das Bürgergeld angerechnet werde.

Herr Hillengaß (Jobcenter Durlach) antwortet, dass sie diese behalten dürften.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich und stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Kriminalstatistik 2022

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2, Kriminalstatistik 2022**, auf. Sie begrüßt Herrn Unger und Frau Schipp vom Polizeirevier Durlach

Herr Unger (Polizeirevier Durlach) bedankt sich und führt aus, dass er seit dem ersten Dezember vergangenen Jahres Revierleiter in Karlsruhe-Durlach sei. Zu seiner Rechten sitze Frau Schipp, welche seit erstem Oktober ganz frisch als Stellvertreterin und Leiterin der Führungsgruppe da sei. Sie würden alle noch Herrn Vortisch kennen, der das ein oder andere Mal schon dort gewesen sei, der habe das Glück, dieses Jahr im April pensioniert worden zu sein. Dann habe er erst für ein halbes Jahr den Herrn Engesser als Stellvertreter gehabt, die Frau Schipp sei für das nächste halbe Jahr seine Stellvertreterin. Es seien jeweils Beamtinnen und Beamte die für den höheren Polizeivollzugsdienst im Durchlauf seien, im Sichtungsverfahren. Von dem her dürfe er das Gesicht hier vorstellen. Er bedanke sich auch recht herzlich für die Einladung PKS 2022. Er sei dann immer in den Ortschaftsräten. Wenn sie natürlich erst im Oktober zusammenkommen würden, um über Probleme zu sprechen was das Kriminalitätsgeschehen angehen, wären sie viel zu spät. Deswegen könnten sie davon ausgehen, dass mit dem Stadtamt Durlach ein reger Austausch bestehe. Sie würden sich monatlich treffen und einen intensiven Austausch und Dialog über die akuten Probleme führen. Ein aktuelles Beispiel sei zum Beispiel die Geschichte beim Spielplatz in der Pfaffstraße. Da habe er einen Anruf vom Ordnungsamt bekommen, wo darum gebeten worden sei, in dem Bereich etwas mehr Präsenz zu zeigen, weil es da vermehrt Jugendliche gebe. Da könnte er ihnen nun live und in Farbe berichten, dass sie am Samstag da Jugendliche mit Betäubungsmittel aufgegriffen und entsprechend der Strafverfolgung hätten zuführen können. Das heiße, dass sie sich um die Dinge, die akut anstünden, auch kümmerten.

Nun komme er tatsächlich auch zur Präsentation und zu dem was gegangen sei. Das was sie vorne in der ersten Folie sehen würden, sei eine Gegenüberstellung von den Straftaten, die die Polizei Baden-Württemberg bearbeitet habe, also nicht auf den Tatort sondern auf die Dienststelle bezogen und Straftaten, die das Polizeipräsidium Karlsruhe bearbeitet habe und die Straftaten, die das Polizeirevier Karlsruhe-Durlach bearbeitet habe. Was für sie neu sein mag, sei die Tatsache, dass das Polizeirevier Karlsruhe-Durlach in der Konstellation, wie sie es aus der Vergangenheit kennen würden, nicht mehr existiere. Es habe beim Polizeipräsidium Karlsruhe insgesamt eine Organisationsreform gegeben. Seit dem 01.07.2022, würden der Stadtteil Durlach und Rintheim zu ihnen dazu gehören. Das sei quasi geschluckt worden. Das Polizeirevier Karlsruhe-Oststadt mit dem Sitz in der Durlacher Allee 31, sei geschlossen worden. Seitdem sei das ein Revier das neu ausgeschrieben worden sei, weswegen er auch der Nachfolger von Herrn Baumgärtner sei. Und in der Oststadt sitze jetzt noch ein Polizeiposten. Das heiße, dass sich der Zuständigkeitsbereich von Durlach erweitert habe und zwar nicht von der Oststadt in Richtung Durlach, sondern umgekehrt von Durlach in Richtung Oststadt.

Was man der Statistik generell ablesen könne, sei es ein Zugang der Straftaten im Bereich Karlsruhe sowie speziell in Karlsruhe-Durlach. Die Anzahl der Straftaten habe im Land

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Kriminalstatistik 2022

Blatt 2

Baden-Württemberg deutlich zugenommen während die Straftaten in Durlach und Karlsruhe nur etwas zugenommen hätten. Es sei ein landesweiter Trend zu erkennen, in der die Aufklärungsquote abgenommen habe. Dies ließe sich auch daran ablesen, dass die örtlichen Straftaten ungleich mehr im Vergleich zum Landesvergleich seien. Es sei aber auch schwierig, durch solche kleinen „irren Zahlen“, die Zahlen miteinander in Verhältnis zusetzen. Würde man die Statistik nicht nur mit dem Vorjahr in Vergleich setzen, sondern mit den letzten zehn Jahren, würde man sich in einem Bereich, Korridor bewegen, wo sich die Polizei eigentlich die ganze Zeit bewegen würde. Das Straftaten-Aufklärungs-niveau befinde sich in einem geordneten Feld. Dies würde heißen, dass die Straftaten sich im Gesamtgeschehen auf einem absteigenden Niveau befänden. Dies würden die hellgrünen Balken auf der Präsentation demonstrieren, die insgesamt immer weniger werden würden und die erfassten Straftaten darstellen würden. Die Aufklärungsquote wäre im Mittelwert ungefähr immer gleich. Dadurch würden keine Auffälligkeiten in dem Langzeitraum bestehen. Was man vorne sehen würde, wären die tatsächlichen auf die Stadtteile bezogenen Zahlen. Würde man die Zahlen zusammenzählen und sagen, dass vorhin von 5.000 Straftaten gesprochen worden wäre, wären es nun deutlich weniger. Dies haben Zusammenhang, dass natürlich auch von Rintheim und Oststadt einige Fälle bearbeitet worden seien, die hier nicht auftauchen würden. Das Bild sei somit bezogen auf die jeweiligen Örtlichkeiten und würde sich auf den sogenannten Tatortsschlüssel beziehen. Dieser würde deuten, was sich in den jeweiligen Bereichen ereignet hat und nicht was von der jeweiligen Polizei bearbeitet worden sei. Auch hier würde man sehen können, dass man in einem Führungszeichen auf einem gleichbleibenden Niveau wäre. Die Zahlen seien zuvor mal auf 741 gestiegen und würden jetzt wieder auf 614 zurückgehen. In Durlach selbst würden sich die Zahlen um die 1200 rumbewegen. Die Aufklärungsquote würde, wie im Gesamttrend, leicht rückläufig verlaufen. Das Straftatenniveau würde insgesamt, auf den Tatort bezogen, unverändert bleiben. Dies würde ein Stück weit auch damit zusammenhängen, dass es durch Covid in den Jahren mit Begegnungssperren weniger Straftaten gegeben habe. Dadurch seien auch weniger Tageseinbrüche geschehen, da die Menschen vermehrt zu Hause gewesen seien. Auf den Tatort Durlach bezogen, sollen die Gesamtzahlen für die letzten vier Jahre im Bereich Diebstahldelikte wieder angestiegen sein. Dies soll dem Corona Trend entsprechend sein- 424 zu 388 bzw. 303. Vermögens- und Fälschungsdelikte seien auch in abnehmbarer Zahl, wobei diese hier dem Trend positiv entgegenwirken würden. Insgesamt sei das Thema Betrug via Internet oder Cybercrime- auf einem ansteigenden Ast. Davor würde auch niemand gewarnt sein, unabhängig von der Zahl an Öffentlichkeitsarbeit und Polizeilicher Präsenz. Ausschlaggebend wäre hier die Aufklärung des Einzelnen und ob man dies in den Griff bekomme oder nicht. Sachbeschädigungen seien hingegen auf einem nahezu gleichbleibenden Niveau. Wohnungseinbruch und Diebstähle seien, wie bereits erwähnt, wieder leicht aufsteigend in der Zahl. Diese würden dem Niveau von 2019 entsprechen. Bei den Hoheitsdelikten würde sich die Zahl ebenfalls wieder leicht nach oben bewegen im Vergleich zum Wert von 2019. Insgesamt würde sich alles auf dem annähernd gleichen Niveau bewegen.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Kriminalstatistik 2022**

Bevor Fragen bezüglich Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aufkommen würden, sei hierbei nicht die Rede von schweren Straftaten. Man rede hier von sexuellen Inhalten, die über die elektronischen Medien geteilt würden. Dies sei hier heute Thema. Je mehr man in die Medien reinschaue, desto mehr werde natürlich auch geteilt werden. Dies führe wohl auch immer mehr zu Anzeigen.

Würde man den Blick auf Aue richten, würde sich hier ein ähnliches Bild ergeben. Das Diebstahlniveau sei insgesamt bei 200, Vermögens – und Fälschungsdelikte seien auf einem absteigenden Ast und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung würden sich auf einem gleichbleibenden niedrigen Niveau befinden. Die Hoheitsdelikte würden auch hier wieder leicht ansteigen. Würde man jedoch Corona außer Acht lassen und sagen, das wären die Straftaten zu denen man zu Hause bleiben müsse, wäre dies durchaus ein normaler Trend und nicht außergewöhnlich. Bei den Tatverdächtigen würde sich keine andere Folie ergeben, wie in den Jahren zuvor. Grob ließe sich sagen, dass 75 Prozent männliche Tatverdächtige seien und weibliche Tatverdächtige sich stets in der Minderheit befänden. Bei Jugendlichen und Heranwachsende sei keine deutliche Veränderung zu erkennen. Es bestehe kein Problem mit der Jugendkriminalität.

Nun wolle er diejenige Folie zeigen, die er Ihnen am liebsten vorstelle. Grund sei, dass alle Stadtteile, die vom Polizeirevier Durlach betreut werden würden, eine relativ niedrige Kriminalität besitzen würden. Dies heiße, dass es wenige Straftaten auf 1000 Einwohner bezogen gebe. Am besten schneide Hohenwettersbach ab. Dies liege an der weiten Entfernung und daran, dass dort ein anders Umfeld als in Durlach herrsche. Insgesamt sei aber für alle Anwesenden wichtig, dass alle in Durlach mit 55,5 Straftaten je 1000 Einwohner im Vergleich zum Innenstadtbereich mit 349 äußerst sicher leben würden.

Er wolle sich gerne nochmal beim Stadtamt bedanken und an dieser Stelle vorwegschicken, dass er eine teamorientierte Führungsphilosophie vertrete. Dies bedeute, dass nicht zwangsläufig jedes Jahr er selbst zu Vorschein trete. Es sei ihm wichtig, in den Stadtteilen unterschiedlich präsent zu sein. Er wolle jedem Stadtteil nicht weniger Wertschätzung entgegenbringen. Jedoch sieht er sich durch seine Verpflichtungen dazu gezwungen, eine Art rotierendes System anzukündigen. Er versichere aber, dass er bei der Vorstellung einer schwierigen Statistik mit vielleicht etwas weniger erfreulichen Zahlen persönlich anwesend sein werde.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich nach Ende des Vortrages über eine sehr gute Zusammenarbeit. Für Diejenigen auf der Verwaltungsebene habe sich der Inhalt des Vortrages bewährt gemacht. Es sei sehr toll, dass man sich einmal im Monat – auch wenn es nur für eine halbe Stunde sei – über aktuelle Anlässe auszutauschen könne. Natürlich sei es auch von Interesse in Durlach, sich für die Unterstützung beim Altstadtfest, Weihnachtsmarkt oder Fastnachtsumzug zu bedanken. Diese seien ohne die Unterstützung des Reviers so nicht denkbar gewesen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Kriminalstatistik 2022

Blatt 4

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) bedankt sich für den ausführlichen Vortrag. Seine Frage würde nur mittelbar mit der vorgestellten Statistik zusammenhängen. In letzter Zeit würden sich die Berichte über Straftaten im Bereich Durlacher Bahnhof, Raiherwiesenstraße, Gelände alter Güterbahnhof, im Bereich zwischen Schinnrainstraße und Killisfeldstraße häufen. Es solle sich dabei um Vermögensdelikte und Straftaten gegen körperliche Unversehrtheit handeln. Nun sei es natürlich von Interesse, ob es sich dabei um Dinge handele, die öfters in diesem Bereich vorkommen würden. Oder ob es sich nur um eine Wahrnehmung handele, die durch die häufigen Presseberichte beeinflusst sei. Er wolle wissen, wo es gehäuft zu solchen Delikten komme. Somit könne die Stadt durch stadtplanerische Maßnahmen wie Beleuchtung oder einer anderen Bespielung der Fläche, möglicherweise präventiv tätig werden. Früher habe sich der Arbeitskreis Kriminalitätsprävention im Ortschaftsrat gemeinsam mit dem SJB und der Polizei dieser angenommen. Aus aktuellem Anlass wolle er gerne darüber informiert werden. Zudem wolle er auch gerne wissen, ob es noch andere Bereiche gebe, die präventive Maßnahmen benötigten und nicht in der Presse derartige behandelt würden. Dies solle als Anregung gelten.

Herr Unger (Polizeirevier Durlach), dass die Lage täglich ausgewertet und gesichtet werden würde. Informationen seien im Revier tagesaktuell. Ihm und seiner Führungsgruppe sei persönlich keine Häufung in irgendeinem Bereich von Durlach oder im gesamten Revierbereich von Durlach aktuell bekannt. Immer mal wieder würde das Thema Jugendliche auf Spielplätzen und Ruhestörung als normale Thematiken vermehrt im Sommer aufkommen und in den kälteren Jahreszeiten wieder abnehmen. Dies spiegele sich auch in der Wahrnehmung wieder. Er versichert aber, dass er die Anfrage von Herrn Dr. Rausch mitnehme und sich bezogen auf den Tatort über Erkenntnisse informiere. Dahingehend werde er nochmals in den Austausch gehen, falls besondere Erkenntnisse Anlass dazu geben würden. Herr Unger möchte aber im Voraus bekanntgeben, dass die Lage nicht kritisch sei und man sich ansonsten bereits im Austausch darüber befinde.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) meint sich zu erinnern, dass in den letzten Jahren das Thema Wohnungseinbruch ein großer Bereich gewesen sei. Herr Ungers Kollegen solle damals dargestellt haben, dass in diesem Bereich ein Schwerpunkt zu setzen sei. Ziel sei es gewesen, mehr Aufklärung zu erreichen. Der Bereich sei die letzten Jahre rückläufig verlaufen. E könne bei der Statistik sehen, dass sich beim Wohnungseinbruch eine relevante Veränderung ergeben hätte. Daher interessieren es ihn, ob dies ebenfalls der Wahrnehmung von Herr Unger entsprechen würde und ob er versuchen würde dem entgegenzusteuern. Er erfragt die Aufklärungsquote für diesen Bereich. Die zweite Frage beziehe sich darauf, dass in Presseberichten in anderen Bereichen der Stadt bezogen auf Jugendliche die Rede sei, dass es gerade „In“ wäre, Lachgas zu inhalieren. Wenn er es richtig verstanden habe, würde das Lachgas als Betäubungsmitteldelikt gelten. Daher würde ihn interessieren ob dies auch ein Thema in Durlach sei.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Kriminalstatistik 2022**

Ebenfalls würde er gerne wissen, wie präventive Maßnahmen in diesem Bereich aussehen würden, die die Auswirkungen dieser Substanz verdeutlichen würden.

Herr Unger (Polizeirevier Durlach) erläutert zunächst das Thema Wohnungseinbruch. In diesem Thema würde in der Tat ein Schwerpunkt liegen. Zumindest gelte dies in der Schutzpolizeilichen Wahrnehmung. Dies hänge damit zusammen, dass das Sicherheitsgefühl der Bürgerrinnen und Bürger bei einem Einbruch anders beeinträchtigt werde als dies bei Vandalismus der Fall sei. Dies sei überspitzt gesagt ein gewisses „Grundrauschen“, dass überall in irgendeiner Form herrsche. Die Alarmglocken der Menschen würden hochgehen, wenn in ihren eigenen Intimbereich eingebrochen werde. Die Zahlen seien jedoch insgesamt nicht alarmierend. Die Welle zu den Zeiten von Corona sei ablesbar. Der Mehrwert im Vergleich zu den letzten zehn Jahren bestehe darin, dass es eine rückläufige Tendenz gebe. Grund dafür sei die hochgefahrte Strafandrohung. Früher sei dies ein besonders schwerer Fall von Diebstahl gewesen, der als Vergehenstatbestand im StGB gehandelt wurde. Seit kurzem sei dies aber ein Verbrechenstatbestand mit einer Strafandrohung von mindestens einem Jahr. Die Täter würden das nun wissen.

Diese Thematik sei vergleichsweise mit der Diskussion über das Thema Geldautomaten. Früher sei der Räuber mit der Pistole in die Bank gekommen und es habe sich dabei um Raub gehandelt. Wenn ein Geldautomat gesprengt würde, sei dies ein besonders schwerer Fall von Diebstahl, da auf keinen Menschen eingewirkt werde. Dadurch würde das Kriminalitätsphänomen entsprechend ausweichen und sich andere Schwerpunkte suchen. Letzten Endes versichere er aber nochmals, dass es sich beim Thema Wohnungseinbruch weiterhin um einen Schwerpunkt handle. Es gebe beim Polizeipräsidium Karlsruhe auch eine Wohnungseigentums-Deliktgruppe, die dauerhaft in der Kriminalinspektionsstelle 2 eingerichtet sei und diese Sachen bearbeite. Die Zahlen würden vielleicht relevant erscheinen, seien aber auf Gesamt-Karlsruhe gesehen unauffällig. Das Thema Lachgas würde vereinzelte Fälle darstellen. Es sei immer so, dass das, was in den Sozialen Medien bei den jungen Menschen gepostet werde, immer auch entsprechenden Anklang finde. Das Thema würde somit ebenfalls nicht wegfallen. Das Referat Prävention sei in der Schule unterwegs und würde seine Arbeit leisten.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) erkundigt sich, ob die Statistik für Bergwald in Durlach enthalten sei. Er bittet darum, die Auswertungen für Durlach auch bekommen zu können. Zudem erkundigt er sich nach der personellen Situation nachdem Durlach Rintheim übernommen habe. Er erfragt ob die personelle Stärke nun auch entsprechend erhöht worden sei und so das große Gebiet abgedeckt werden könne.

Herr Unger (Polizeirevier Durlach) versichert, die Statistik von Bergwald nachzuliefern. Er weise bereits im Vorab daraufhin, dass die Zahlen äußerst bescheiden seien. Das Problem sei, dass die Polizei bestimmte Tatortbereiche habe. Das was man selbst als Gemarkung kenne, werde nicht zwangsläufig als Tatortschlüssel ausgewiesen. Man würde nur

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Kriminalstatistik 2022

Blatt 6

mit den Tatortschlüsseln arbeiten können, die im System hinterlegt seien. Wenn Bergwald keinen eigenen Tatortschlüssel besitze, dann würden sie diesen auch nicht haben. Tatsächlich sei es so, dass das Revier Durlach – ehemals knapp 60 Mitarbeiter – nun auf 103 Haushaltstellen gewachsen sei. Dies würde heißen, dass ein Großteil des Haushaltes und Personals geschluckt worden sei. Tatsächlich sei es so, dass nicht alles eins zu eins aufgegangen sei. Es seien ein paar Stellen weggefallen oder übergekommen. Im Ermittlungsdienst beziehungsweise in der Führung sei es natürlich verschlankt worden. Der Bezirksdienst sei hier etwas vergrößert worden. Dafür sei ein Posten in Hohenwettersbach geschlossen worden. Dieser habe zwei Haushaltstellen besessen. Rintheim würde zudem schon seit langen keinen eigenen Polizeiposten mehr besitzen. Dies sei schon seit vielen Jahren so.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für den täglichen Einsatz der Polizei und die daraus entstehende Sicherheit für Durlach. Er habe aber noch drei konkrete Fragen, bei denen Herr Unger eventuell behilflich sein könne. Ein Thema sei das Fahren von E-Scootern unter Alkoholeinfluss. Es habe sich immer noch nicht rumgesprochen, dass ein Unterschied zwischen betrunkenem Fahrrad fahren und Scooter fahren vorliege. Er wolle die Zahlen für den Bereich Karlsruhe Osten wissen, der auch ein Schwerpunkt der Kontrolle sei. Das zweite Thema wäre die bereits angesprochene Aktion auf dem Spielplatz. Er denke, dass es sich dabei um Cannabis gehalten habe. Er wolle wissen, ob man davon ausgehen könne, dass sich die größte Zahl an BTM-Delikten, mit denen die Polizei tagtäglich zu tun habe, auf Cannabis beziehe. Vielleicht würde sich ja auch an der Gesetzgebung bald etwas ändern. Dadurch habe die Polizei hoffentlich weniger mit solchen Fällen in der Zukunft zu tun. Die dritte Frage bestehe darin, ob es in Durlach im Umfeld von Prostitution wirklich Auffälligkeiten mit Straftaten gebe im Hinblick auf schwerwiegende Taten wie Menschenhandel. Man würde ja viel darüber lesen und hören, der Faktenbestand sei aber für ihn persönlich von Interesse.

Herr Unger (Polizeirevier Durlach) erläutert, dass es keinerlei Erkenntnisse darüber gebe, dass es in diesem Bereich einen schweren Kriminalitätsschwerpunkt gebe. Sie würden mit der Kriminalpolizei in einem engen Austausch stehen. Diese würden sie gegebenenfalls auch in Kenntnis darüber setzen. Eine Besprechung über die genannte Thematik stehe auch sehr bald an. Er wisse aber, dass dies ein heiß diskutiertes Thema in Durlach darstelle. Es sei ein Thema, das die Gemüter der Menschen bewege. Durlach würde sich aber weit weg von den Verhältnissen anderer Städte befinden.

Die überwiegende Mehrheit an Delikten, bezogen auf das Thema Betäubungsmittel, würden sich tatsächlich auf Cannabis beziehen. Würde Cannabis legalisiert werden, würde dies logischerweise dazu führen, dass entsprechend weniger Delikte stattfänden. In der Menge würde es zwar Rückläufe geben, jedoch würde sich das Tätigkeitsfeld dann auf andere Bereiche wie Ecstasy verlagern. Im Moment indem das eine erlaubt werde, werde dies für bestimmte Personengruppen als Folge nicht mehr sehr interessant sein. Diese

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 2: Kriminalstatistik 2022

Blatt 7

Personen würden sich dann auf andere Bereiche konzentrieren. Anders gesagt, würde sich im Innenstadtbereich von Karlsruhe insgesamt, im Marktplatzbereich, eine andere Szene befinden. Man sei in Durlach in dieser Angelegenheit gesegnet.

Beim Thema Trunkenheitsfahrten/ E-Scooter würde er Herrn Noé Recht geben. Dies sei ein Thema, bei dem die Zahlen auffällig seien. Man müsse viele Menschen anhalten, da sie unter Alkoholeinfluss E-Roller fahren würden. Die Menschen glaubten, dies sei erlaubt oder gleichzusetzen mit betrunkenem Fahrradfahren. Tatsächlich sei es aber nicht so, da ein Scooter ein Kraftfahrzeug darstelle. Insgesamt sei er gespannt, wie die die Rechtsprechung und die Gesetzgebung auf diese Fälle reagiere und ob eine Anpassung stattfinde. Es sei nämlich tatsächlich so, dass nach eigener Schätzung doppelt oder dreimal so viele E-Scooter-Fahrer wie Autofahrer angehalten würden. Das Verhalten der Verkehrsteilnehmer sei, dass die das Auto als zu gefährlich und verboten betrachten und dann fälschlicherweise annehmen würden, das Fahren mit dem E-Scooter sei sicherer und erlaubt. Doch gerade durch die kleinen Reifen und die dadurch resultierende geringe Fahrstabilität seien Scooter von einem hohen Unfallrisiko belastet. Herr Unger gibt Herr Noé aber in seiner Beobachtung recht. Die Anzahl an Scooter-Fahrern nehme zu.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) bedankt sich bei Frau Schipp und Herrn Unger für den Vortrag. Dieser sei wie jedes Jahr interessant. Er spricht seinen Dank aus, dass der Standort Durlach vergrößert und erhalten bleibe. Es sei für sie als größter Stadtteil sehr wichtig, die Polizei vor Ort zu haben. Es wäre sehr traurig, sie irgendwann mal zu verlieren. Man erkenne an der Arbeit von Herr Unger und seiner Kollegen, dass ihre Präsenz sich bemerkbar mache. Als er die Übersicht Tatverdächtige gesehen habe, sei ihm aufgefallen, dass ein Fünftel aller männlichen Tatverdächtigen Heranwachsende, Jugendliche oder Kinder gewesen seien. Letzteres finde er immer wieder aufs Neue erschreckend. Er fragt ob dies Zufall sei oder ob etwas Kinder zu Straftaten veranlassen würde. Man würde ja immer wieder von solchen Straftaten in den „bunten Blättern“ lesen. Er fragt ob Jugendliche bis 18 Jahre oder 21 Jahre definiert seien und als was genau Heranwachsende definiert seien. Zudem möchte er wissen, welche Tatfelder dies betreffe.

Zum anderen würde sich aus der Statistik ablesen lassen – beziehungsweise man sage, dass je größer die Nähe zur Oststadt, desto höher sei der Tatbestand. Dieser sei auf dem Land auch vergleichsweise niedrig. Herr Wenzel fragt, ob dies tatsächlich der Fall sei. Die Statistik würde das nämlich so vermuten lassen. Zudem würde seine Kollegin erfragen wollen, ob Cannabis auch bei Kindern im Alter von 12 bis 14 Jahren bereits genutzt werde und die Gerüchte diesbezüglich der Wahrheit entsprächen. Er wolle wissen, ob dies nach einer Gesetzesänderung keine Straftat mehr darstelle? Wie werde dies in diesem Fall kontrolliert beziehungsweise wie müsse man sich dessen Handhabung vorstellen?

Herr Unger (Polizeirevier Durlach) will zunächst auf die Statistik eingehen, um Herrn Wenzels Fragen zu beantworten. Kinder seien all diejenigen, die noch nicht bei Straftaten-

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Kriminalstatistik 2022**

begehung das 14. Lebensjahr vollendet hätten. Jugendliche seien all diejenigen, die das 14. Lebensjahr vollendet hätten, aber noch nicht das 18. Lebensjahr. Heranwachsende seien alle, die noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hätten. Dies sei quasi die Abstufung. Diese würde damit zusammenhängen, dass Heranwachsende teilweise nach dem Jugendstrafrecht verurteilt werden könnten. Dies sei der Fall, wenn angenommen werde, dass die Straftat Folge der fehlenden Reife des Täters sei. Darauf ob dies das richtige Prozedere wäre, wolle er nicht eingehen. Straftaten von Kindern seien überwiegend Ladendiebstähle und Sachbeschädigungen. Es gebe einen jugendlichen Intensivtäter in der Stadt Karlsruhe. Dieser sei aber hier nicht ansässig. Hierbei kämen andere Delikte zur Anzeige. Bei diesen frage man sich, in welcher Art und Weise dem noch mit dem hier herrschenden Rechtsprinzip Herr werden könnte. Solche Fälle gebe es hier aber nicht. Die Kriminologie sage eindeutig aus, dass ein gewisses „Grundrauschen“ von Kinder- und Jugendkriminalität zum Alltag dazu gehöre. Dies sei einfach so, da Kinder und Jugendliche somit ihre Grenzen austesteten. Dies sei völlig normal - wenn dies im Rahmen bleibt. Er berufe sich darauf, auch an seine eigenen Kinder oder an die eigene Kindheit zurückzudenken, bei der man nach der ersten Strafe die Lehre verstanden habe. Habe man danach die Gesetze verstanden und würde sich danach an diese halten, dann habe das auch etwas Gutes. Dies bedeute, dass der daraus entstehende Erstkontakt mit der Polizei auch seinen entsprechenden Auftrag erfülle. Bezogen auf die bauliche Situation, gebe es zwei hier relevante Dinge anzusprechen. Zum einen indem die soziale Kontrolle der Bürger, in dem Bereich indem man sich kennen würde, eine völlig andere sei. Das Thema wachsamer Nachbar sei ein wichtiger Faktor. Jemanden zu kennen würde das Anzeigeverhalten beeinflussen. Menschen in Dörfern würden Angelegenheiten bezüglich Strafsachen teilweise im direkten Dialog regeln. Ein Beispiel hierfür seien auch Ruhestörungen. In der Stadt kämen diese meist sofort zur Anzeige. Der Staat werde hier vermehrt eingeschaltet. Das Hell- und Dunkelfeld würde sich je nach Tatort unterscheiden.

OR Seidler (AfD) bedankt sich für die vielen Antworten und kündigt nur noch eine einzelne Frage an. Diese sei eine wichtige Frage beziehungsweise eine Verständnisfrage. Bezogen auf die Aufklärungsquote in der Statistik seien dies 50 Prozent. Dies hieße, dass jeder zweite Fall nicht aufgeklärt werde. Natürlich müsse hierbei auch unterscheiden werden zwischen Internetbetrug und Straftaten wie Einbruch. Seine Frage sei, wie sich die Aufklärungsquote verteile. Er wolle wissen, wie die Quote beim Diebstahl, Sachbeschädigung, bei Wohnungseinbrüchen aussehe. Straftaten gegen die Selbstbestimmung lasse er hier außen vor.

Herr Unger (Polizeirevier Durlach) erklärt, dass man sich den Sachverhalt wie folgend vorstellen müsse. Die Polizeiliche Intensität sei je nach Delikt eine völlig andere. Bei Mord- und Totschlag sei die Aufklärungsquote bei weit über 90 Prozent. Die Rechtsordnung sei bei solchen Vergehen massiv gestört, weshalb die Polizei auch alle ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen nutze. Bei schweren Delikten würde der Polizei auch ein viel größerer

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Kriminalstatistik 2022**

„Werkzeugkasten“ zur Verfügung stehen um tätig zu werden. Die Strafprozessordnung würde hierbei ganz andere Möglichkeiten erlauben, zum Beispiel das Thema Telefonüberwachung, um dem Täter bei zu kommen. Diese Möglichkeiten seien im Bereich der einfachen Kriminalität nicht gegeben – der Behörde seien weitgehendst die Hände gebunden. Dies bedeute, dass dadurch mehrere Probleme entstehen würden. Zum einen sei dies die Frage der personellen Verteilung und die bedingten Möglichkeiten des zuvor genannten Werkzeugkastens. Würde man beispielsweise bei einem Sachbeschädigungsdelikt, bei einem angekratzten Auto, keinen Zeugen mit konkreter Aussage auffinden und würden auch keine Überwachungskameras zur Verfügung stehen, so würde der Kriminalitätsfall nur verwaltet werden. Der Fall würde somit in die Statistik eingehen und eine weitere Aufklärung sei nicht möglich. Bei Wohnungseinbruch und Diebstahl würde es auch einen großen Werkzeugbestand für die Polizei geben. Die Aufklärungsquote sei hierbei relativ hoch. Wenn Interesse bestehe, würde Herr Unger auch die genauen Zahlen hierzu nachliefern. Aufklären würde aber auch nicht immer bedeuten, einen Täter zu haben. Dies möchte Herr Unger an dieser Stelle festhalten. Teilweise gebe es Spurenlagen, bei denen eindeutig durch DNA und Spuren sei, wer der Täter sei. Dennoch sei die Polizei der Person nicht immer habhaft und würde diese dann europaweit zur Festnahme ausschreiben.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) weist daraufhin, dass bei Gesprächen im Kinder- und Jugendhaus mit den dort anwesenden Kindern immer wieder der Bahnhofsvorplatz in Durlach als seltsam beschrieben werde. Dieser sei in der Tat seltsam und vor allem sehr dunkel. Am Bahnhof selber würde es Beleuchtung geben, beispielsweise beim Kiosk. Dort würden sich „spannende Menschen“ des abends und zu nachts bewegen. Vielleicht sei es möglich dort durch mehr und regelmäßigeren Polizeipräsenz für mehr Sicherheit bzw. Belebung zu sorgen. Viele Jugendliche müssten den Bahnhof nutzen und diesen brauchen, um mit der S5 und S4 nach Hause zu fahren. Zudem sei in letzter Zeit des Öfteren in der Fußgängerzone der Verkehr von Herrn Ungers Kollegen kontrolliert worden sein. Dies habe in der Regel mit einer Abmahnung des Betroffenen geendet. Es interessiere sie, warum hier genau eine Abmahnung stattgefunden habe und nicht die Ausstellung eines Strafzettels.

Herr Unger (Polizeirevier Durlach) erklärt, dass weniger der Vorplatz, sondern vielmehr der Gleiskörper beziehungsweise die Bahnsteige die Polizei zurzeit vermehrt beschäftigen. Das Thema Taschendiebstähle sei dort präsent. Die Polizei sei an diesem Thema auch bereits dran und es seien bereits Tatverdächtige ermittelt worden. Jedoch sei es so, dass, wenn man Verdächtige abgreife, am nächsten Tag bereits andere daständen. Dies sei das Polizeiliche Grundrauschen. Was den Wunsch nach polizeilicher Präsenz angehe, müsste Herr Unger Frau Frey ein Stück weit enttäuschen. Es gebe sehr viele Punkte in dem Revierbereich Durlach, die nicht 24/7 bewacht würden. Der Revierbereich Durlach würde 24/7 mit mindestens 8 Beamten bedient werden. Dies entspreche drei Streifen, die draußen

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 2: Kriminalstatistik 2022**

unterwegs seien. Der Revierbereich Durlach beginne in Kleinsteinbach und ende in Stupferich. Der Revierbereich reiche bis zur Innenstadt in Karlsruhe, bis zum Durlacher Tor. Dies sei das Gebiet, welches die Polizei mit Ihrem Personal abdecke. Dies bedeute, dass die Polizei die Bewachung des Bahnhofs im Rahmen von einem Ergänzungsdienst intensiviere, wenn dies möglich sei. Jedoch sei die Polizei im Moment nicht so aufgestellt, um dieser Anfrage entsprechen zu können. Der Polizei sei es faktisch einfach nicht möglich, überall dort, wo es nach der subjektiven Sicherheitsgefühl der Bürger erforderlich sei, präsent zu sein. Er würde lügen, wenn er sage: „Das kriegen wir hin.“

Bezüglich des Themas Kontrolle sei dies eine Kooperation mit dem Stadtamt Durlach. Diese würde schon seit einer Weile bestehen und immer mal wieder stichpunktartig stattfinden. Dies würde jedoch kein Schwerpunkt sein können, da es noch den KOD und den Gemeindevollzugsdienst gebe. Diese seien für das Thema tendenziell zuständig. Es sei ihm nicht bekannt, dass generell mündliche Verwarnungen ausgestellt würden. Wenn eine Kontrolle vollzogen werden, dann werde maximal der Anlieferverkehr mündlich verwarnt. Alle anderen Autofahrer würden tatsächlich mit Verhandlungsgeldern geahndet werden. Er werde aber diesbezüglich nochmal nachhaken. Jedoch ließe sich grundsätzlich sagen, dass Ordnungswidrigkeitenrecht sei im Ermessen der Kollegen, ob sie etwas verwarnten oder nicht. Gleiches sollte aber Gleich geahndet werden. Dort stimme er Frau Frey zu. Jedoch sei dies je nach Einzelfall und Einzellage unterschiedlich. Es stehe den Kollegen im Einzelfall zu, mündliche Verwarnungen auszusprechen. Jedoch stimmt Herr Unger Frau Frey zu, dass die Erzielung eines nachhaltigen Effektes meist durch den Geldbeutel gehe. Dies sei im Verkehrssektor leider immer so.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) erklärt, dass sich seine Frage ebenfalls auf die Fußgängerzone beziehe. Durlach sei wunderbar, da man ja alles mit dem Fahrrad oder zu Fuß erreichen könne. Auch er sei hier viel mit dem Fahrrad unterwegs und überquere oft die Fußgängerzone. Hier sei kurzes Fahren ja auch eigentlich verboten. Herr Malisius würde bei seinen Überquerungen mit dem Fahrrad niemanden stören und bedacht fahren. Daher komme die Frage auf, ob Herr Unger nicht auch dafür sei, das Fahrradfahrverbot in der Fußgängerzone tagsüber aufzuheben. Herr Malisius empfinde dieses Verbot als unsinnig.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies wohl keine Polizeifrage sei. Dies könne man vielleicht nach der Sitzung privat klären. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen mehr fest und bedankt sich.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 3: Sanierungsgebiet Durlach-Aue - Aufstockung Fördervolumen für
Sanierungsmaßnahmen – Straßensanierung und private Modernisierungen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3, Sanierungsgebiet Durlach-Aue - Aufstockung Fördervolumen für Sanierungsmaßnahmen – Straßensanierung und private Modernisierungen**, auf. Frau Dr. Klingert habe vorab eine Frage eingereicht. Sie habe wissen wollen, ob der Mehrbetrag durch die allgemeine Teuerung zustande gekommen sei. Sie könne das nun verneinen. Es handele sich um letzte, bereits geplante, noch ausstehende Straßensanierungen und private Modernisierungen, die ambitionierte energetische Sanierungen im sozialen Wohnbau seien.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) merkt an, dass Auemer Bürger sich schon lange um das Rathaus Aue, dass nun die AWO von der Volkswohnung übernommen habe, gekümmert hätten. Die hätten dort immer einen kleinen Raum als Museum einrichten wollen. Er wolle wissen, ob das immer noch möglich sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies eine private Initiative sei. Dazu könne sie nichts sagen. Da müssten sie sich selbst nochmal kundig machen.

Sie ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Ja: 19

Nein: -

Enthaltungen: -

Einstimmig zugestimmt

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Änderung der Öffnungszeiten und Einführung einer festen Pausenregelung auf den Wertstoffstationen und Schadstoffannahmestellen in Karlsruhe

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4, Änderung der Öffnungszeiten und Einführung einer festen Pausenregelung auf den Wertstoffstationen und Schadstoffannahmestellen in Karlsruhe**, auf. Es habe im Bäderausschuss nach Fertigstellung dieser Informationsvorlage eine kleine Änderung der Öffnungszeiten gegeben. Das betreffe aber nicht die Maybachstraße sondern nur Wettersbach. Das sei für sie als Gremium irrelevant.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für die Überarbeitung der Vorlage. Er sei ja das letzte Mal einer derjenigen gewesen, der das ziemlich deutlich kritisiert habe, dass da an allen Wertstoffstationen eine Mittagspause eingeführt werde. Selbstverständlich müssten die Arbeitszeitregelungen und die Rüstzeiten eingehalten werden. Nichtsdestotrotz erkenne er jetzt, – das sei auch dem Vorgehen ihrer Gemeinderatsfraktion geschuldet – dass man der Maybachstraße als großer Station in Durlach zugestehe, dass man da die Öffnungszeiten durchgehend halte und nicht einfach eine Stunde zumache. Er denke, dass sie das auch erwarten könnten, wenn da mehrere Mitarbeiter beschäftigt seien. Nichtsdestotrotz sei ihm nach wie vor der geschlossene Montag ein Dorn im Auge. Er höre das von Bürgern und von Immobilienunternehmen. Wenn die über das Wochenende samstags Entrümpelungen durchführten, stünden sie am Montag vor geschlossenen Türen. Daher möchte er hier nochmal fordern, dass zumindest eine Wertstoffstation – und wenn es die Nordbeckenstraße sei – montags auf sei. Wenn am Wochenende Arbeiten stattfänden und die Samstagsschließzeiten – wie es gerade aussehe – nach vorne gelegt würden, dann sollte der Montag auf sein. Sonst provozierten sie Schwarzablagerungen, dass die Leute einfach das Zeug vor das Tor kippten, was natürlich nicht in Ordnung sei. Dann möchte er auch kritisch die Saisonregel, die total verwirrend sei, beleuchten. Der Bürger gehe ins Internet und habe da verschiedene Suchmaschinen. In den wenigsten Fällen stimmten da die Ergebnisse der Suchmaschinen mit den tatsächlichen Öffnungszeiten überein. Wenn das tatsächlich so kommen, dann solle man zumindest von Seiten des Presseinformationsamts auch gucken, dass die gängigen Suchmaschinen gepflegt würden und die richtigen Öffnungszeiten auch hinterlegt seien. Dann habe er noch eine weitere Anregung. Sie müssten alle sparen, das sei völlig klar. Vielleicht könne man die Saisonöffnungszeiten auch mit Saisonarbeitskräften, mit Schüler- und Studentenjobs unterstützen, dass man doch das ganze Jahr durchgängige Öffnungszeiten haben. Das sei ein Service an die Bürger, die hier auch Steuern und Abgaben zahlten. Dann höre er vorne bei den ersten Tagesordnungspunkten, dass es kommunale Beschäftigungsprogramm gebe. Vielleicht solle da die eine kommunale Stelle mit der anderen sprechen. Vielleicht ergebe sich ja die Möglichkeit jemand anzuleiten und in Arbeit zu bringen.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass ihr die Öffnungszeiten gut gefielen. Ein Immobilienunternehmen müsse sich sowieso überlegen, welche Wert-

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Änderung der Öffnungszeiten und Einführung einer festen Pausenregelung auf den Wertstoffstationen und Schadstoffannahmestellen in Karlsruhe

Blatt 2

stoffstation es anfähre, da es kostenpflichtig entsorgen müsse. Sie denke, dass ein freier Montag den Mitarbeitern, die auch Samstag arbeiteten, zuzugestehen sei. Das seien Menschen, die in einer sehr niedrigen Einkommensschiene arbeiteten. Sie hätten sich eine Fünftagewoche redlich verdient. Wenn man am Wochenende was entsorge, könne man es auch stehen lassen und am Dienstag hinfahren. Da könne man ins Internet gucken.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) erwidert, dass er sich gegen den Vorwurf erwehre, dass jemand der eine Fünftagewoche habe am Montag dann auch noch arbeiten solle. Er erwarte von der Verwaltung, dass sie einen Dienstplan erstelle, dass dann andere Leute am Montag arbeiteten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie das protokollarisch so weitergeben würden. Zur Kenntnisnahme seien sie ja gezwungen. Daher würden sie das so zur Kenntnis nehmen. Zusammengefasst könne man aber sagen, dass diese Regelung im Vergleich zur ursprünglichen Vorlage für die Maybachstraße eine enorme Verbesserung sei.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 5: Solarkataster für Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5, Solarkataster für Durlach**, auf.

OR Dr. Noé (FDP-OR-FRAKTION) erklärt, dass die Stadt beziehungsweise die Verwaltung erkannt habe, dass es sich hierbei um ein kompliziertes Thema handele. Nichtsdestotrotz habe man darauf hingewiesen, dass man bereit sei daran zu arbeiten. Die Antwort sei nun natürlich etwas „dünn“. Es sei aber auch klar, dass heute keine andere Antwort gegeben werden könne. Deshalb sei auch darauf verzichtet worden, heute jemanden einzuladen. Natürlich hätte man gerne gewusst, bis wann mit einer Vorlage gerechnet werden dürfe.

OR Köster (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) spricht seinen Dank an die Antragssteller aus. Er sei dankbar, dass diese das Thema hochhielten. Auch auf denkmalgeschützten Gebäuden seien Solaranlagen wichtig. Er erinnere daran, dass die Denkmalbehörde vor ein bis eineinhalb Jahren gesagt hätten, dass solche Anlagen nun in der Regel auf denkmalgeschützten Gebäuden genehmigt werden würden. Dies werde immer nach Einzelfallprüfung geschehen. Er halte die Stellungnahme der Verwaltung hier für sehr ausgewogen. Die Ressourcen seien besser einzusetzen, indem die Menschen die immer noch die Einzelprüfung vornehmen, sich tatsächlich mit den eingegangenen Anträgen befassen würden. Die Ressourcen müssten womöglich mehreren Ämtern zur Verfügung gestellt werden. Die Verwaltung habe dargestellt, dass der technische Fortschritt womöglich schon einen Schritt weiter sei, bis die Prüfungen abgeschlossen seien. Er schlage vor Begehungen zu machen und Öffentliche Veranstaltungen zu organisieren – vielleicht auch mit der KEK – um Aufklärung zusammen mit den Denkmalbehörden zu leisten. Es sollte darüber informiert werden „was alles möglich ist“. Man könnte auch Faltblätter verteilen und diese in den Briefkästen der Altstadt verteilen und somit informieren, dass nun Anträge kämen. Bezogen auf den „Bürokratismus“ lasse sich sagen, dass das Geld und die Kapazitäten der Mitarbeiter somit nicht verschenkt würden. Zum Antrag selbst behaupte er, dass es vor 10 bis 15 Jahren bestimmt eine gute Begründung gewesen sei, so stark auf PV zu setzen – die Energieressourcen seien endlich. Die Atomkraft sei schon zu ihrem Ende gekommen, zumindest in Deutschland. Gasressourcen und Ölressourcen seien vielleicht noch für 50 oder 100 Jahre erhalten. Im Moment gehe es aber eher darum, die CO2 Belastung nach unten zu drücken und etwas gegen den Klimawandel zu tun. Dies sei auch eine Motivation, die verstanden worden sei. Es gebe aktuell eine Bürger- und Menschenbewegung in Deutschland. Kleinanlagen, die erschwinglich für jeden seien, würden aus dem „Himmel schießen.“ Es seien schätzungsweise 200.000 in diesem Jahr installiert worden. Zusätzlich gebe es da auch noch die ganz großen Anlagen auf Ein- oder Mehrfamilienhäusern. Darauf bezogen werde auch noch viel mehr folgen. Man freue sich, dass man gemeinsam mit der SPD, FDP und den anderen Parteien das Thema hochhalten dürfe und das auch hier in der Altstadt.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 5: Solarkataster für Durlach

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich. Sie würde sich jedoch von der Stadtverwaltung wünschen, dass diese einen Termin lediglich für die Prüfung festlege. Es sei wünschenswert, eine Rückmeldung zu erhalten, wann und ob ein Solarkataster umgesetzt werde. Diesbezüglich sollte es wohl nicht an Personalressourcen mangeln. Dies sei ja dann noch nicht die unmittelbare Umsetzung, die Erstellung, die ganze Arbeit. Sie denke, da der Durlacher Ortschaftsrat sehr eng an seiner denkmalgeschützten Altstadt hänge, könne man diese Antwort durchaus einfordern. Wenn es für das Gremium in Ordnung sei, werde man das auch tun.

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 6: Bürgerumfrage 2022 – Einkaufen und Nahversorgung

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6, Bürgerumfrage 2022 – Einkaufen und Nahversorgung**, auf.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) weist daraufhin, dass Frau Dr. Klingert vorab eine Frage eingereicht habe. Die Frage lautet, wie viele Bürger an der Umfrage teilgenommen hätten und aus welchen Stadtvierteln die Teilnehmer stammten. Insgesamt hätten 710 Durlacher und Durlacherinnen teilgenommen. Aus Alt-Durlach würden 273 der Teilnehmer kommen, aus Aue 196, aus dem Randgebiert 132, Lohn-Lissen 39, Untermühl und Dornwald 37, aus Bergwald 25 und aus Killisfeld 8. Die Teilnehmer wären somit entsprechend verteilt gewesen.

OR Pötzsche (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) betont, dass diese Antwort für sie völlig ok sei. Sie seien zufrieden, dass das Stimmungsbild der Durlacher und Auemer Bevölkerung so positiv aussehe. Man werde dies auch selbst als Nutzer der Einkaufsmöglichkeiten in Durlach beobachten können. Die Einkaufsmöglichkeiten würden ein breit gefächertes Angebot besitzen. Von seitens der Handlungsempfehlung sei er jedoch positiv überrascht. Die Wirtschaftsförderung habe signalisiert, dass sie den Immobilienmarkt in Durlach im Auge behalten würden. Gegebenenfalls würden Sie Kontakte herstellen, falls sich entsprechende Objekte; zum Beispiel für einen Biomarkt, vor Ort ergeben würden. Es habe ihn positiv überrascht, dass die Wirtschaftsförderung den Markt sondiere und im Blick habe. Mit einem gewissen Augenzwinkern und Schmunzeln wolle er mitteilen, dass wenn die Verwaltung immer so viel Energie wie bei der Recherche nach den Problemen von Metzgereien auffahren würde – wie bei der Beantwortung dieser Verwaltungsvorlage – man sich sehr freuen würde. Es sei sehr intensiv recherchiert worden. Dieses Engagement habe Sie sehr gefreut und das würden sie sich auch für weitere Anträge und Anfragen in der Zukunft wünschen.

OR Dr. Noé (FDP-OR-FRAKTION) kündigt Nachfragen zu der Stellungnahme an. Man werde im Zusammenhang mit den Diskussionen über das neue Verkehrskonzept von vielen Sorgen des Einzelhandels hören. Er denke, dass man mit der Umfrage und dessen Zahlen einsteigen könne, um diese Sorgen zu entkräften oder mit bestehenden Sorgen umzugehen. Die Befragten würden alle aus Karlsruher Stadtteilen kommen. Er habe von den Verkäufern gehört, dass diese viel Kundschaft aus dem Pfinztal, aus den Bergdörfern und teilweise auch aus Waldbronn hätten. Die Verkäufer seien natürlich besorgt, dass sich diese Kunden andere Einkaufsmöglichkeiten suchten, wenn die Altstadt nicht mehr so bequem erreichbar sei. Daher würde die Frage aufkommen, ob es auch Zahlen zu den Einkäufern gebe, die nach Durlach und aus dem Pfinztal, den Bergdörfern und Waldbronn kämen. Die wichtige Frage sei dabei auch, wie diese Kunden zum Einkaufen herkämen – mit dem PKW, öffentlichen Verkehrsmitteln, Fahrrad. Dies zu erfahren, werde helfen, das Thema Handel in Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept besser bewerten zu können.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 6: Bürgerumfrage 2022 – Einkaufen und Nahversorgung

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erinnert daran, dass diese Themen in einer gesonderten Bürgerumfrage bereits untersucht worden seien. Man würde nun auf Ergebnisse warten. Erste rausgefilterte Ergebnisse würden bereits vorliegen – nicht aber für die heutige Sitzung. Die Ergebnisse würden dann gezielt auf Durlach runtergebrochen. Es werde versucht, die komplette Auswertung zu bekommen, bevor über das Verkehrskonzept entschieden werde. Dann werde man wirklich wissen, wer mit welchem Verkehrsmittel nach Durlach komme und wie sich die Zahlen gegenüber der letzten Umfrage von vor zehn Jahren verändert hätten. Diese Zahlen hätten sich verändert.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Nutzung Sportgelände des ASV Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 7: Nutzung Sportgelände des ASV Durlach. Sie glaube, Herr Dr. Rausch sei zu dem Tagesordnungspunkt befangen.

Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) meint, wenn es eine Anfrage gebe, die man bei der Tagesordnung gar nicht beraten könne, dass es so auch keine Befangenheit geben könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet darauf, dass es aber Fragen geben könne. Daraufhin erkundigt Sie sich nach ausstehenden Fragen.

OR Kehrle (CDU-OR-Fraktion) gibt an, dass es mehrere Fragen gebe, die Sie der Verwaltung bereits vorab geschickt hätten. Er erkundigt sich, ob der Sportunterricht an einen von beiden Schulen durch die aktuelle Situation ausgefallen sei. Zudem möchte er wissen, ob die geschilderte Umkleidensituation des Markgrafen Gymnasiums auch die Friedrich Realschule betreffen würde. Drittens möchte er wissen, ob es zu den aktuellen Vorwürfen eine eigene Stellungnahme von der Friedrich Realschule gegeben habe. Der Zuschuss würde in den nächsten Tagen ausbezahlt werden, nachdem offene Fragen geklärt würden. Er fragt, welche offenen Fragen hier geklärt worden seien, die die Auszahlung direkt rechtfertigen würden. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Herrichtung des Rasenumfeldes durch den ASV durchgeführt worden sei. Dies sei eine ausgemachte Voraussetzung für die Förderung des Platzes. Zusätzlich möchte Herr Kerle in Erfahrung bringen, welche Maßnahmen das Schul- und Sportamt plane, um zukünftig in solchen und ähnlichen Fällen entsprechend handeln zu können.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) geht zunächst auf die erste Frage von Herr Kehrle ein. Die Friedrichrealschule würde wöchentlich 26 Stunden auf der Anlage verbringen. Nach Aussage der Schule seien wöchentlich ca.4 Stunden ausgefallen. Laut dem Marktgrafen Gymnasium hätten einige Stunden auf der HSV-Anlage nicht stattfinden können. Diese Stunden hätten auf andere Orte verlegt werden müssen. Beispielsweise sei man dann alternativ auf den Turmberg hochgelaufen oder Ähnliches. Mitunter hätten alternativ auch außerunterrichtliche Aktivitäten stattgefunden. Zwischenzeitlich habe sich die Sachlage jedoch verbessert und der Schulsport könne normal stattfinden. Ein neuer Ansprechpartner im Verein sei sehr bemüht, die Gegebenheiten vor Ort zu verbessern. Dieser sei bereits in guten Gesprächen mit der Schule. Die Umkleidensituation vom Marktgrafen Gymnasium habe auch die Friedrichrealschule betroffen. Zu den aktuellen Vorwürfen gebe es jedoch keine Stellungnahme seitens der Friedrichrealschule.

Der Zuschuss werde in den nächsten Tagen ausgezahlt werden. Bezogen auf die Fragen hätten im Dezember 2022 gemeinsame Termine auf der ASV-Anlage stattgefunden. Dort seien Punkte vereinbart worden, die für die Förderung relevant seien. Einer dieser Punkte sei gewesen, dass dem Schulsport des Marktgrafengymnasiums und der Friedrichrealschule ab dem Frühjahr eine Rasenfläche zur Verfügung stehen würde. Das Ergebnis sei,

**9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 7: Nutzung Sportgelände des ASV Durlach

Blatt 2

dass ab Juni eine Rasenfläche zur Verfügung gestanden habe. Ein weiterer Punkt sei, dass der Verein die 400 Meter Aschenbahn nach der Frühjahrsüberholung durch die Stadt so pflege, dass eine angemessene Benutzung der Schulen möglich sei. Das Ergebnis sei, dass die Aschenbahn zur Verfügung gestanden habe. Der Verein habe die weitere Pflege durchgeführt. Der Verein habe auch die Umkleiden und Sanitäranlagen so herrichten müssen, dass sie wieder nutzbar seien. Das Ergebnis sei, dass mindestens zwei Umkleiden jetzt nutzbar seien. Die Herrichtung der Toiletten sei zugesagt worden. Außerdem habe es die Frage gegeben, ob die Herrichtung des Rasenumfeldes durch den ASV durchgeführt worden sei. Der ASV habe zwar in seinem Antrag an die Stadt zur Umwandlung des Hartplatzes in einen Rasenplatz angegeben, dass er das Rasenumfeld in Eigenarbeit herrichten wolle. Die städtische Förderung für die Umwandlung des Platzes sei daran aber nicht geknüpft gewesen, sondern ausschließlich die dreißigprozentige Mitnutzung durch die DJK. Insofern könne das Schul- und Sportamt keine Auskunft darüber geben, ob und in welcher Weise das Rasenumfeld durch den ASV hergerichtet worden sei. Dem Schul- und Sportamt liege jedoch eine Aufstellung der Arbeitsstunden vor. Demnach seien 365 Arbeitsstunden durch Vereinsmitglieder erbracht worden. Zur Frage, welche Maßnahmen das Schul- und Sportamt geplant habe, um zukünftig in solchen oder ähnlichen Fällen zu reagieren könne sie ebenfalls antworten. Da es bei anderen Vereinen und Schulen bislang keine vergleichbare Situation gegeben habe, würden vorerst keine Maßnahmen getroffen, die sich auf die anderen Vereine und Schulen auswirkten. Allerdings sei mit dem Beginn des Schuljahrs 2023/24 an die Vereine, Schulen und das Schul- und Sportamt eine Nutzungsvereinbarung über die Nutzung der Vereinsflächen an den Schulsport getroffen worden. Darin gebe jede Schule an, welche Sportanlagen, sie in welchem Zeitraum für den Schulsport nutzen wolle. Darüber hinaus seien in der Vereinbarung die Rahmenbedingung für beide Parteien beschrieben, unter der die Nutzung stattfinde.

OR Dr. Wagner (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass in der Stellungnahme angegeben werde, dass Ende Juni Gespräche stattfinden würden. Er wolle wissen, ob jetzt Gespräche terminiert seien und wer die Federführung übernehme. Es seien ja keine unüberwindbaren Hindernisse.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass das Schul- und Sportamt federführend sein müsse. Die Terminierung sei noch nicht erfolgt.

OR Müller (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass aus der Stellungnahme zur Anfrage der CDU-Fraktion hervorgegangen sei, dass zwar zwei Umkleidekabinen zur Verfügung stünden und die Toiletten noch gemacht oder zur Verfügung gestellt werden sollten. Er wolle wissen, wann diese Maßnahme abgeschlossen sein solle und ob überhaupt ausreichend Toiletten in den Umkleideräumen zur Verfügung stünden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Nutzung Sportgelände des ASV Durlach

Blatt 3

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie das entsprechend weitergeben würden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach und

TOP 9: Mündliche Fragen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8, Mitteilungen des Stadtamtes Durlach**, auf erklärt, dass keine Mitteilungen des Stadtamtes vorliegen würden und ruft **TOP 9, Mündliche Fragen**, auf.

OR Elke Frey (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) führt aus, dass sie ja beim letzten Mal schon das Thema Ampelschaltungen gehabt hätten. An der Kreuzung Auer, Rommel-, Amalienbadstraße habe die Ampel bislang sehr fußgängerfreundlich geschaltet. Das sei bis Ende der Sommerferien gegangen. Das tue es jetzt nicht mehr, obwohl in der Auer-, Rommelstraße bis zu zwanzig, dreißig Sekunden kein Auto mehr zu sehen sei, schalte sie nicht mehr auf grün. Das führe dazu, dass bei rot gegangen werde. Da würde sie interessieren, warum man diese hervorragend geschaltete Ampel umgestellt habe.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) merkt an, dass es ein Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Amalienbadstraße gebe. Es gehe um die dortige Parksituation. Wenn das Hotel Blauer Reiter stark belegt sei, seien die ganzen kostenlosen Parkplätzen von Hotelgästen belegt und die Leute, die da wohnten, fänden in der Regel in der Straße und im näheren Umfeld keinen Parkplatz, obwohl das Hotel Blaue Reiter eine Tiefgarage haben und auch außerhalb noch Parkplätze zur Verfügung stelle. Dafür würden aber Gebühren verlangt. Die Leute seien damit sehr unzufrieden und seien da auch schon auf den Besitzer des blauen Reiters zugegangen. Der sehe da keine Möglichkeit das zu ändern. Da sei nun die Frage im Raum. Sie wären gerne bereit Gebühren zu zahlen, wenn die Amalienbadstraße Anwohnerparkzone werden könne. Er wisse, es sei vielleicht ein schwieriger Gedanke. Das sei das Ansinnen der Bewohner gewesen, damit diese Situation irgendwo gelöst werde. Er wolle wissen, ob die Verwaltung Maßnahmen ergreifen könne, um das Problem im Sinne der Anwohner zu lösen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie dazu bereits eine Antwort des Ordnungs- und Bürgeramtes vorliegen hätten. Sie würden diese an alle versenden. Sinngemäß gebe es keine grundsätzliche Ablehnung. Aber um eine Anwohnerparkzone auszuweisen, so wolle sie es zusammenfassen, müssten sie ein bisschen weiter schauen. Der Verkehr, der dort parke und dann von dort weggehe, würde dann wieder in anderen Straßen Parkraum wegnehmen. Im Ordnungs- und Bürgeramt sei man dran, auszugucken, ob gesamtstädtisch noch Bewohnerparkzonen auszuweisen seien. Auf diese Liste würde man es zur Prüfung nehmen. Man müsse, um Neuausweisungen zu machen, wegen den drohenden Verdrängungseffekten eine sogenannte Machbarkeitsuntersuchung durchführen. Das sei keine, die von heute auf morgen gehe. Bestandsanalysen und Parkraumerhebungen müssten da gemacht werden. Das stehe so in der Antwort drin. Wenn sie das weiterverfolgen wollten, wäre das eher ein Thema für einen Antrag.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11. Oktober 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 8: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach und

TOP 9: Mündliche Fragen

Blatt 2

OR Stolz (B'90/DIE-GRÜNEN-OR-FRAKTION) merkt an, dass in der Rommelstraße immer noch die Frühjahrsmesse vom Juni beworben werde. Es wäre ganz toll, wenn die Plakate dort zeitnah abgehängt würden. Sie sei kurz davor gewesen, sie selbst abzuhängen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass Frau Stolz diese auch gerne selbst abhängen könne.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) merkt an, dass sie alle die Einladung des Markgrafen-Gymnasiums bekommen hätten, am 23. Oktober um 16 Uhr zum Gedenkgang, den die Schule seit Jahren mache. Es wäre schön, wenn gerade in der jetzigen Situation in der diese Gedanken, die manche Menschen vertreten würden, rechtsextrem, antisemitisch, populistisch immer stärker würden, wenn da auch Ortschaftsräte teilnehmen würden, um auf Dinge hinzuweisen, die wie sie aus der Geschichte wüssten, eingetreten seien, wenn solche Gedanken stärker würden. Daher wäre es schön, wenn von ihrem Ortschaftsrat möglichst viele teilnehmen würden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie das was Herr Siebach sage, nur unterstützen könne. Gerade jetzt wäre eine schöne Anzahl an Ortschaftsräten, die da teilnehmen würden, ein schönes Zeichen. Sie bedankt sich bei allen Teilnehmern, wünscht einen schönen Abend und beendet die Sitzung um 18:31 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
OR Dr. Wagner
(B'90/DIE GRÜNEN-OR-Fraktion)

Der Protokollführer:

.....
OR Siebach
(SPD-OR-Fraktion)

.....
Carlo Wurm
(StaDu)